



Ohne Menschen keine Ideen

MINT-Herbstreport. Für die Innovationskraft in Deutschland sind die Beschäftigten in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik besonders wichtig. Doch seit Jahren klafft hier eine Fachkräftelücke. Ohne einen digitalen Aufbruch in den Schulen lässt sich diese langfristig nicht schließen, sagt IW-Bildungsökonom Axel Plünnecke im iwd-Kommentar. —> [Seiten 2-4](#)

Metall- und Elektro-Industrie

Die deutsche M+E-Industrie hat in den vergangenen 20 Jahren ihre Stellung auf dem Weltmarkt gehalten – das gelang nicht allen traditionellen M+E-Nationen.

—> [Seiten 6-7](#)

Corona-Pandemie: Interview

Medizinethikerin Christiane Woopen und IW-Direktor Michael Hüther sprechen über die Frage, wie die Politik längerfristig mit der Pandemie umgehen sollte.

—> [Seiten 10-11](#)

Trägerischer Rückgang

MINT-Herbstreport. Die Fachkräftelücke in Berufen mit MINT-Schwerpunkt – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – ist in Deutschland coronabedingt stark geschrumpft. Doch der langfristige Bedarf ist nicht gesunken. Ganz im Gegenteil: Aufgrund der Altersstruktur der MINT-Beschäftigten dürfte er in den kommenden Jahren weiter steigen.

Die Corona-Krise hat die deutsche Industrie hart getroffen. Viele Betriebe mussten vorübergehend schließen, noch immer sind Hunderttausende Beschäftigte in Kurzarbeit.

Für die Unternehmen bedeutet der wirtschaftliche Einbruch auch,

nun den Gürtel enger zu schnallen, wo es geht. So haben bereits viele Firmen offene Stellen vorerst gestrichen. Das lässt sich auch an den Zahlen des aktuellen MINT-Herbstreports des Instituts der deutschen Wirtschaft ablesen:

Seit Februar 2020 hat sich die Lücke in den MINT-Berufen von 193.500 auf 108.700 im Oktober verringert.

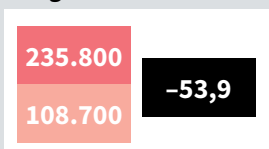
Aber wie lässt sich anhand dieser extremen coronabedingten Entwicklung sagen, in welchen Bereichen der

MINT-Lücke: Der Corona-Effekt

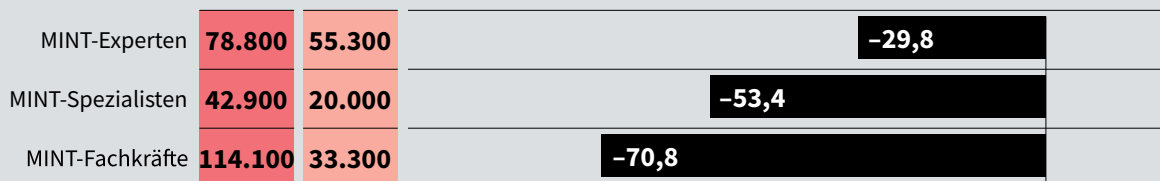
So viele Stellen in den MINT-Berufen konnten in Deutschland nicht besetzt werden

■ Durchschnittliche Oktober-Werte 2014 bis 2019 ■ Oktober 2020 ■ Veränderung in Prozent

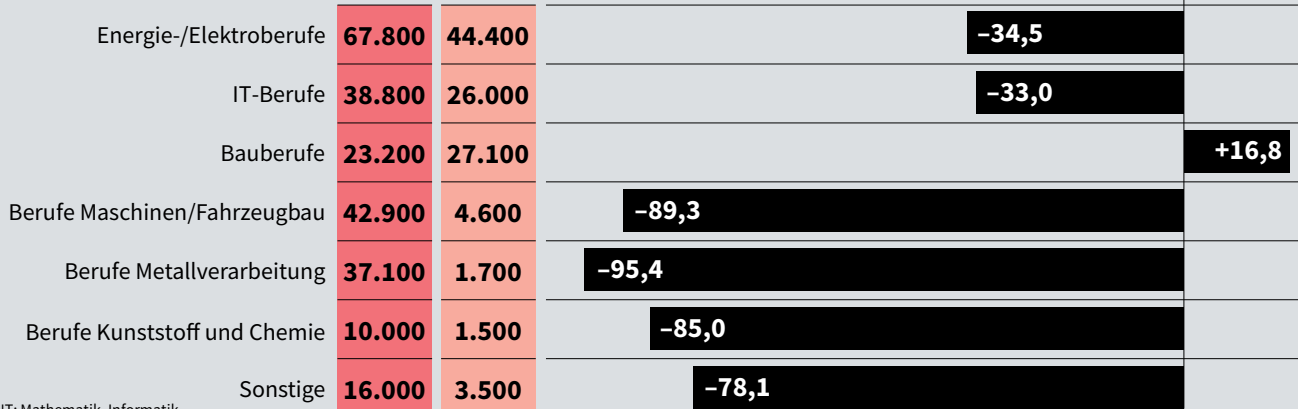
Insgesamt



Differenzierung nach Qualifikationsniveau:



Differenzierung nach Berufen:



MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Rückgang besonders groß war oder wo weiterhin hohe Engpässe bestehen? Die IW-Forscher haben dazu den Durchschnitt der MINT-Lücke im Oktober der Jahre 2014 bis 2019 herangezogen und auf die Veränderungsraten geschaut (Grafik Seite 2):

Die MINT-Lücke war im Oktober 2020 knapp 54 Prozent kleiner als im Schnitt der Jahre 2014 bis 2019.

Unterteilt man die Ergebnisse nach Qualifikationsgrad, fällt auf, dass die Lücke bei den Fachkräften mit gut 70 Prozent am stärksten geschrumpft ist. Bei den Experten, darunter fallen vor allem Akademiker, betrug das Minus nur rund 30 Prozent. Die Unternehmen sind also offenbar trotz der Corona-Krise weiterhin in hohem Maße auf der Suche nach Hochqualifizierten.

Auch zwischen den Berufen gibt es große Unterschiede. Die Bauberufe verzeichnen als einzige eine Vergrößerung der MINT-Lücke. Bei den Energie- und Elektroberufen betrug das Minus nur knapp 35 Prozent. Dagegen schrumpfte die MINT-Lücke in den Maschinenbau-, Fahrzeugbau- und Metallberufen sowie den Chemieberufen massiv. Insgesamt sind hier aktuell nur knapp 8.000 MINT-Stellen unbesetzt.

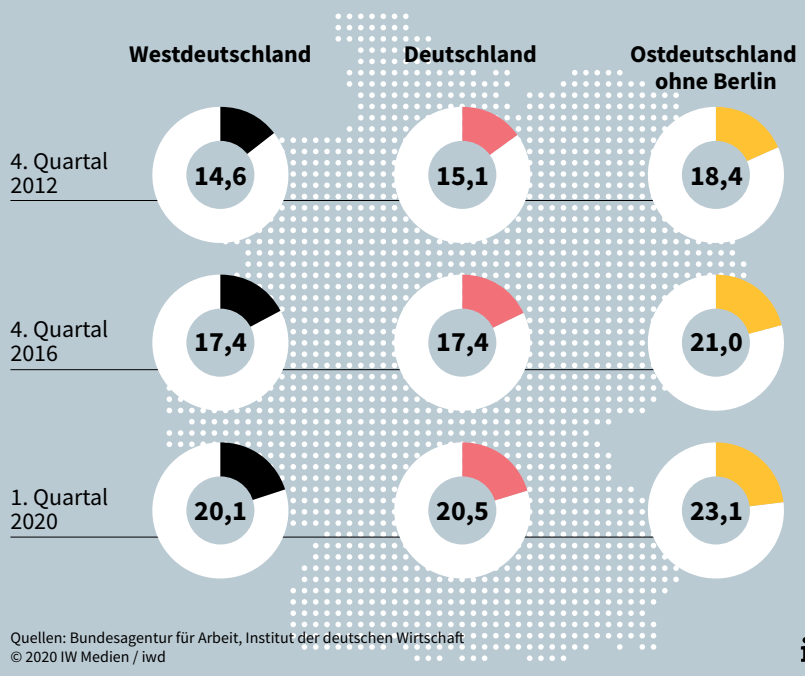
Begehrte sind in den Unternehmen weiterhin IT-Fachkräfte. Im Zeitraum von Ende 2012 bis zum Ende des ersten Quartals 2020 stieg die Zahl der beschäftigten IT-Facharbeiter um gut 52 Prozent, bei den IT-Experten waren es sogar fast 88 Prozent. Das sind die mit Abstand höchsten Wachstumsraten aller MINT-Berufe.

Für die künftige Entwicklung der MINT-Lücke ist die Altersstruktur der derzeit Beschäftigten ein wichtiger Indikator (Grafik):

Ende 2012 waren 15 Prozent der MINT-Beschäftigten in Deutschland mindestens 55 Jahre alt, bis März 2020 ist der Anteil auf mehr als 20 Prozent gestiegen.

MINT-Berufe: Die Belegschaft altert

Anreil der über 55-Jährigen an allen sozialversicherungspflichtigen MINT-Beschäftigten in Deutschland in Prozent



In Brandenburg zählt mittlerweile jeder vierte MINT-Arbeitnehmer zur Gruppe der über 55-Jährigen, in Bayern ist der Anteil mit gut 18 Prozent bundesweit am niedrigsten.

Allein um in Zukunft sämtliche MINT-Akademiker, die in den Ruhestand gehen, zu ersetzen, benötigt man rund zwei Drittel aller Hochschulabsolventen aus dem MINT-Bereich. Ein Beschäftigungswachstum wird dadurch erschwert. Und bei den MINT-Facharbeitern wird es nicht gelingen, die künftig ausscheidenden Kräfte voll zu ersetzen.

Problematisch ist das vor allem für die Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie):

In den M+E-Unternehmen arbeiten 60 Prozent der Beschäftigten in MINT-Berufen.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet sind annähernd 40 Prozent aller MINT-Beschäftigten in der M+E-Industrie beschäftigt, außerdem ist

dieser Industriezweig für mehr als 60 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Innovationsausgaben verantwortlich.

Durch den anhaltenden Fachkräftemangel könnte die Innovationskraft der Branche geschwächt werden. Viele Unternehmen haben bei Fachkräftengpässen Schwierigkeiten, die Digitalisierung und Dekarbonisierung zu meistern. Ein zentraler Ansatz, um daran langfristig etwas zu ändern, ist eine bessere digitale Ausstattung der Schulen (siehe Kommentar Seite 4). Außerdem sollte sich Deutschland weiterhin verstärkt darum bemühen, ein attraktiver Standort für ausländische Fachkräfte zu sein.

MINT-Herbstreport 2020

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.):
MINT-Engpässe und Corona-Pandemie –
kurzfristige Effekte und langfristige Herausforderungen

iwkoeeln.de/mint-und-corona

Kommentar. In den MINT-Berufen fehlen seit Jahren viele Fachkräfte, das beeinflusst die Innovationskraft Deutschlands. Um langfristig besser aufgestellt zu sein, fordert **Axel Plünnecke**, Leiter des Kompetenzfelds Bildung, Zuwanderung und Innovation im Institut der deutschen Wirtschaft, massive Veränderungen an den Schulen.



Foto: IW Medien

Es braucht einen digitalen Aufbruch an den Schulen

Den Wohlstand in Deutschland kann man nur mit Innovationen nachhaltig aufrechterhalten. Doch in forschungsintensiven Branchen fehlt es an Fachkräften, die neue Ideen entwickeln und umsetzen können. In den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik klafft seit Jahren eine Fachkräftelücke – und sie wird in den kommenden Jahren eher größer als kleiner (siehe Seiten 2–3). Was also tun?

Der wichtigste Ansatzpunkt ist die schulische Ausbildung. Dabei gilt es zunächst, in der Corona-Pandemie die Schulen nach Möglichkeit offenzuhalten. Denn wissenschaftliche Studien zeigen, dass Schülerinnen und Schüler durch längerfristige

Schließungen massiv an Lernleistung einbüßen.

Parallel müssen die Schulen digital besser ausgestattet werden, sodass hybride Lernformate nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis gut funktionieren. Das betrifft zunächst die Hard- und Software. Bedingt durch die Corona-Pandemie hat sich hier in den vergangenen Monaten viel getan, doch ausreichend ist das noch lange nicht.

Wichtig ist vor allem, dass alle Schülerinnen und Schüler einen PC oder Laptop nutzen können. Nur so erhalten auch Kinder aus schwierigeren Verhältnissen die gleichen Chancen wie ihre Mitschüler. Die Lehrmaterialien müssen ebenfalls angepasst

werden. Daher ist es eine gute Nachricht, dass zeitnah eine bundesweite Bildungsplattform mit digitalen Lehrinhalten aufgebaut werden soll.

Ein dritter Punkt ist die Vermittlung der Inhalte. Lehrkräfte müssen flächendeckend mit den neuen digitalen Möglichkeiten vertraut gemacht und qualifiziert werden. Diese Last kann man nicht allein den Schulen aufbürden.

Es müssen 20.000 zusätzliche IT-Stellen an Schulen geschaffen werden. Die Fachkräfte würden zum einen sicherstellen, dass die Hard- und Software auf dem neuesten Stand bleibt. Zum anderen würden sie die Lehrkräfte fit für den Einsatz der digitalen Technologien machen.

Pensionen setzen Bund und Ländern zu

Öffentliche Haushalte. Die Ausgaben für die Pensionen von Bundes- und Landesbeamten steigen demnächst in nie gekannte Höhen. Die öffentlichen Kassen sind darauf nicht vorbereitet.

Seit Jahren wissen die Politiker in Deutschland, was da auf sie zukommt: Die geburtenstarken Jahrgänge, also alle zwischen 1955 und 1969 Geborenen, gehen jetzt nach und nach in den Ruhestand – und weil darunter auch viele Bundes- und Landesbeamte wie Lehrer und Polizisten sind, rollt auf die öffentlichen Haushalte eine wahrlich riesige Welle an Pensionsausgaben zu:

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen des Bundes – der auf heute abgezinste Wert der künftigen

Zahlungen – belief sich Ende 2019 auf rund 809 Milliarden Euro.

Das entspricht einem Zuwachs von 88 Prozent innerhalb von zehn Jahren und summiert sich pro Einwohner auf rund 10.000 Euro.

Doch damit nicht genug: Für die Bundesländer türmt sich der Wert der Pensionszusagen, zu denen auch die Beihilfen zur Krankenversicherung der Ruheständler zählen, zusätzlich auf insgesamt 1,2 Billionen Euro. Der Blick auf die einzelnen Länder zeigt allerdings ein heterogenes Bild (Grafik):

Spitzenreiter sind die Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit jeweils rund 20.000 Euro je Einwohner.

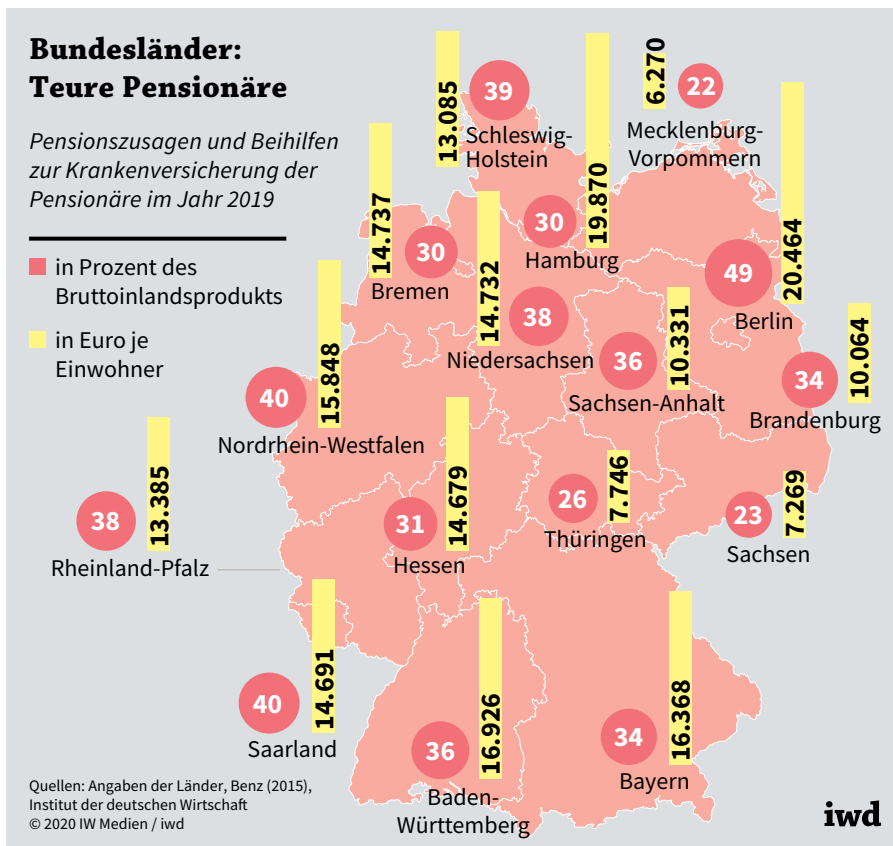
Dagegen kommen die ostdeutschen Bundesländer mit maximal rund 10.000 Euro je Einwohner aus,

weil bei ihnen die Pensionslasten erst seit der Wiedervereinigung zu Buche schlagen.

Setzt man die Pensionsverpflichtungen in Relation zur Wirtschaftskraft der einzelnen Länder, ist wiederum die Hauptstadt am stärksten gebeutelt: Berlin muss fast 50 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für seine ehemaligen Landesbediensteten aufbringen – mehr als doppelt so viel wie Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, die am Ende dieser Rangliste stehen.

Obwohl diese Dimensionen seit Jahr und Tag bekannt sind, sind die öffentlichen Haushalte kaum darauf eingestellt. Zwar haben viele Länder und auch der Bund Rücklagen gebildet und Fonds aufgelegt, die das Ausgabenplus abfedern sollen. Allerdings belaufen sich die Deckungsquoten der Rücklagen beziehungsweise der Finanzierungsgrad der Fonds nur auf einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten. In einigen Fällen sind die Zuführungen zu den Rücklagen sogar gekürzt oder die Fonds vollständig aufgelöst worden.

Diese Versäumnisse werden den Haushältern nun auf die Füße fallen. Schon heute gibt es einen immensen staatlichen Investitionsstau bei Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur, hinzu kommen hohe Kosten für die Bewältigung der Corona-Pandemie. Wie vor allem die Länder angesichts dieser Belastungen ihren Pensionsverpflichtungen nachkommen sollen, steht in den Sternen.



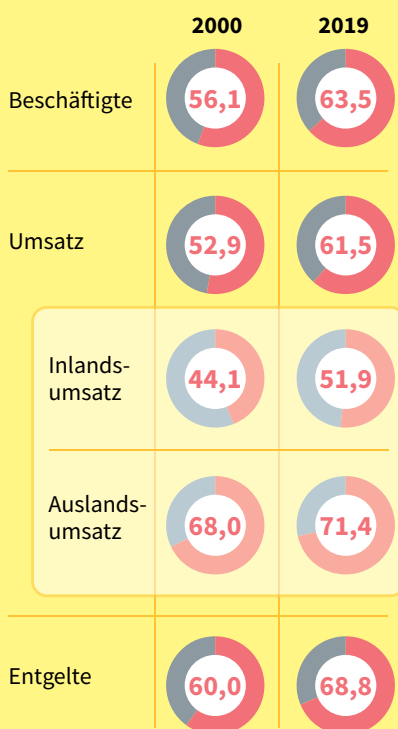
IW-Kurzbericht 104/2020
 Martin Beznoska, Tobias Hentze: Pensionszusagen setzen öffentlichen Haushalten zu
iwkoeln.de/pensionszusagen

Eine Branche im Wandel

Metall- und Elektro-Industrie. Deutschlands bedeutendster Industriezweig hat sich in den vergangenen 20 Jahren stark verändert. Die Internationalisierung hat vor allem im Fahrzeugbau stark zugenommen. Nicht zuletzt deshalb ist das auch die M+E-Branche mit der höchsten Exportquote. Auf dem Weltmarkt konnte die deutsche M+E-Industrie ihre Stellung halten – das ist nicht allen traditionellen M+E-Nationen gelungen.

Metall- und Elektro-Industrie: Der Riese im Verarbeitenden Gewerbe

Anteile der M+E-Industrie am Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Die Metall- und Elektro-Industrie (M+E) ist das Zugpferd des deutschen Verarbeitenden Gewerbes (Grafik):

Die M+E-Industrie erzielte 2019 fast 62 Prozent des gesamten Umsatzes der Industrie und beschäftigte nahezu 64 Prozent aller Mitarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe.

Zudem hat die M+E-Industrie seit dem Jahr 2000 ihren Anteil in jeder Kategorie erhöht: Ihr Beschäftigtenanteil stieg bis 2019 um gut 7 Prozentpunkte, beim Umsatz und bei den Entgelten betrug das jeweilige Plus sogar fast 9 Punkte.

Doch auch innerhalb der Branche haben sich die Gewichte verschoben. Größter Umsatzgewinner war der Fahrzeugbau, der seinen Anteil von rund 36 Prozent im Jahr 2000 auf fast 42 Prozent im Jahr 2019 ausbauen konnte. Dagegen legte der Maschinenbau nur um gut 1 Prozentpunkt zu; die Elektroindustrie (minus 7 Punkte) sowie die Metallindustrie (minus 0,5 Punkte) haben Umsatzanteile verloren.

Der starke Anteilsgewinn des Fahrzeugbaus beruht vor allem auf

dessen Exportorientierung: Fast zwei Drittel ihres Umsatzes erzielte die Branche 2019 auf ausländischen Märkten – und die wachsen insgesamt schneller als der deutsche Markt.

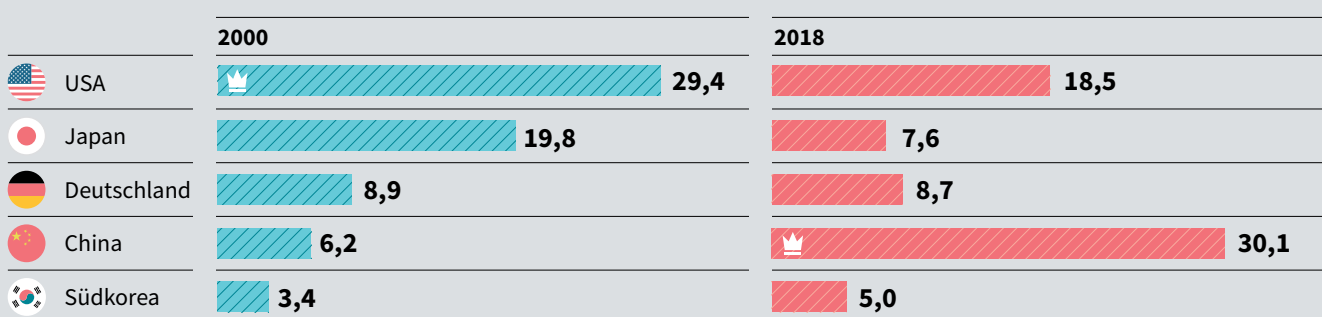
Auch der Maschinenbau lag 2019 mit einer Exportquote von 62 Prozent leicht über dem Schnitt der gesamten M+E-Industrie von 57 Prozent. Die Elektroindustrie blieb mit rund 56 Prozent knapp darunter, die Hersteller von Metallerzeugnissen kamen nur auf gut 36 Prozent Auslandsanteil am Umsatz.

Weniger Bewegung gab es bei den Beschäftigungsanteilen. Hier reichten die Verschiebungen von jeweils rund minus 2 Prozentpunkten in der Elektroindustrie und der Fahrzeugindustrie über plus 0,3 Punkte in der Metallindustrie bis zu plus 2 Punkten im Maschinenbau.

Gesamtwirtschaftliche Strukturveränderungen. Von 2000 bis 2019 ist der Anteil der Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland gesunken, der Anteil der Dienstleistungen gestiegen. Vom Trend zur Deindustrialisierung war

Die führenden M+E-Nationen: Der Wachwechsel

Anteile der fünf wichtigsten M+E-Länder an der gesamten Bruttowertschöpfung der Metall- und Elektro-Industrie in den 44 führenden M+E-Staaten in Prozent



Quellen: Eurostat, National Statistics, OECD, Republic of China (Taiwan), United States Census Bureau, Weltbank, IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

die M+E-Industrie jedoch nicht betroffen, im Gegenteil:

Die M+E-Industrie konnte ihren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung sogar steigern.

Innerhalb der M+E-Industrie war es wiederum der Fahrzeugbau, der seine Führungsrolle ausgebaut hat. Hatte die Branche im Jahr 2000 noch einen Anteil von rund 24 Prozent an der M+E-Bruttowertschöpfung, waren es 2019 gut 34 Prozent. Die anderen drei großen M+E-Branchen haben dagegen Anteile verloren, der Maschinenbau allerdings nur minimal.

Die Globalisierung der M+E-Industrie. Die Bruttowertschöpfung der M+E-Wirtschaft in den 44 wichtigsten M+E-Ländern ist von 2000 bis 2018 um rund 125 Prozent gewachsen. Dabei haben sich die Kräfteverhältnisse jedoch deutlich verschoben: Der Anteil der traditionellen Wettbewerber – also Länder, die schon lange im M+E-Geschäft sind – schrumpfte von rund 87 auf knapp 59 Prozent, während der Anteil der neuen Wettbewerber wie China, Südkorea und zahlreiche mittel- und osteuropäische Länder von rund 13 auf gut 41 Prozent stieg.

Die fünf wichtigsten M+E-Nationen – die USA, Japan, Deutschland, China und Südkorea – konnten ihren Anteil an der gesamten M+E-Bruttowertschöpfung zwar von 68 Prozent im Jahr 2000 auf 70 Prozent im Jahr 2018 steigern, innerhalb dieser Gruppe gab es jedoch deutliche Verschiebungen (Grafik):

Im Jahr 2000 waren die USA mit einem Anteil von rund 30 Prozent an der gesamten M+E-Bruttowertschöpfung der 44 wichtigsten M+E-Länder noch die Nummer eins – im Jahr 2018 hatte China mit 30 Prozent die Führungsrolle.

Die Amerikaner haben in diesem Zeitraum fast 11 Prozentpunkte verloren, die Chinesen fast 24 Punkte gewonnen. Die deutsche M+E-Wirtschaft konnte ihren Anteil nahezu halten und lag 2018 mit 8,7 Prozent auf Platz drei.

Betrachtet man die zwölf größten Volkswirtschaften und die zwölf Länder, in denen die M+E-Wertschöpfung seit dem Jahr 2000 am stärksten gewachsen ist, dann zeigen sich die globalen Verschiebungen deutlich: Zum einen gehören nur China und Indien beiden Gruppen an; zum anderen erreichen viele traditionelle

M+E-Nationen – die USA, Japan, Italien, Frankreich, Großbritannien und Kanada – nur geringe Steigerungsraten. Deutschland dagegen schaffte zwischen 2000 und 2018 ein M+E-Wachstum, das in etwa dem Durchschnitt der 44 wichtigsten M+E-Staaten entsprach.

Exporte treiben das Wachstum.

Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen dem Wachstum der M+E-Bruttowertschöpfung und jenem der M+E-Exporte. China zum Beispiel ist heute die führende M+E-Nation, weil das Land in beiden Kategorien seit dem Jahr 2000 die zweithöchsten Werte erzielt hat. Die USA dagegen konnten ihre einstige Spitzenposition nicht halten, weil ihre M+E-Exporte nur geringfügig zulegten. Deutschland wiederum erzielte insgesamt durchschnittliche Zuwachsraten und konnte seinen Marktanteil nahezu halten.

Ein entscheidender Faktor für erfolgreiche Auslandsgeschäfte ist die Wissensintensität der Produktion, also die Frage, wie viel Know-how in den Gütern steckt. Die Faustregel: Je höher die Technologieklasse, desto besser laufen die Exporte.

Wie abhängig ist Deutschland?

Pharmaindustrie. Schon lange wird befürchtet, dass Deutschland bei kritischen Technologien zu sehr von Zulieferungen aus dem Ausland – insbesondere aus China – abhängt. Seit Beginn der Corona-Pandemie steht vor allem die Arzneimittelversorgung im Fokus. Eine neue IW-Studie untersucht die globalen Lieferverflechtungen der deutschen Arzneimittelproduktion.

Die fieberhafte Suche nach einem Medikament zur Behandlung von Covid-19 und einem Impfstoff gegen das Coronavirus hat in Politik und Gesellschaft die Frage aufgeworfen, wie die Versorgungssicherheit der Bevölkerung gewährleistet werden kann, wenn die deutsche – und europäische – Arzneimittelproduktion von Zulieferungen aus dem Ausland, insbesondere aus dem asiatischen Raum, abhängig ist.

Doch in welchem Ausmaß bezieht die deutsche Pharmaindustrie tatsächlich direkte Zulieferungen aus

dem Ausland? Das IW ist dieser Frage nachgegangen und hat die Produktionsstruktur der Branche hinsichtlich ihrer inländischen Wertschöpfung und der importierten Vorleistungen untersucht.

Die Arbeitsteilung. Von der Entwicklung über die klinische Testphase, die behördliche Zulassung, die Produktion, die Lagerung und den Vertrieb – bis ein Medikament für Patienten verfügbar ist, muss es einen komplexen Prozess durchlaufen, in den viele Lieferanten, Sublieferanten, Hersteller und

Behörden eingebunden sind. Das gilt umso mehr, als der Aufbau pharmazeutischer Lieferketten in den vergangenen Jahrzehnten durch Unternehmenszusammenschlüsse, Konsolidierungen und Produktionsverlagerungen ins Ausland geprägt war – insbesondere, um den steigenden Kostendruck im Gesundheitswesen aufzufangen.

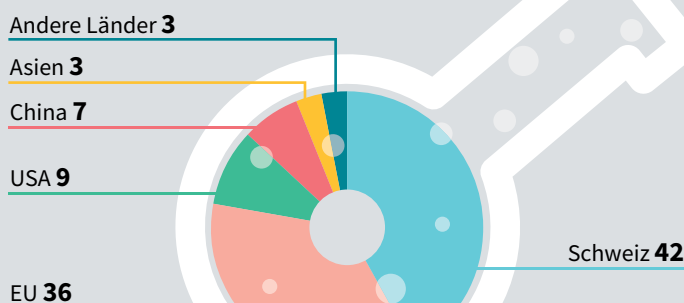
Somit sind auch deutsche Pharmahersteller zunehmend auf Zulieferungen angewiesen. Allerdings ist die Arbeitsteilung mit ausländischen Unternehmen in der Pharmaindustrie weniger ausgeprägt als in der Industrie insgesamt:

Im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2018 war die Vorleistungsquote der gesamten Industrie um fast 17 Prozentpunkte höher als in der Pharmaindustrie.

Die Struktur der Vorleistungen. Im Jahr 2014 – neuere Daten gibt es nicht – kamen allein 43 Prozent aller Vorleistungen aus dem Dienstleistungssektor. Der Grund für diese hohe Quote ist, dass die pharmazeutische Produktion in hochautomatisierten Anlagen erfolgt und die Unternehmen deshalb auf entsprechenden externen Service angewiesen sind. Ein weiteres Viertel der Vorleistungen kam aus der eigenen

Deutsche Pharmaindustrie: Europa liefert

So viel Prozent der importierten pharmazeutischen Vorleistungen kamen 2014 aus diesen Ländern und Regionen



EU: einschließlich Vereinigtes Königreich, ohne Deutschland; Asien: ohne China

Quellen: World Input-Output Database, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Branche, gut ein Fünftel von anderen Industriefirmen (ohne Pharma und Chemie) sowie 12 Prozent aus der Chemiebranche.

Die Zulieferer. Mit Blick auf die Struktur der Zulieferer zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen der Menge der inländischen und der importierten Vorleistungen (Grafik):

Die deutsche Pharmaindustrie bezog im Jahr 2014 gut zwei Drittel ihrer Vorleistungen von Unternehmen aus dem Inland.

Rund die Hälfte der inländischen Vorleistungen besteht aus Serviceleistungen: Für Dienstleister spielt die geografische Nähe zu den Unternehmen trotz fortschreitender Digitalisierung und Globalisierung nach wie vor eine wichtige Rolle – ein fremdsprachiger Wartungsmonteur, der über Tausende Kilometer anreisen muss, ist keine Option.

Gleichwohl ist festzuhalten, dass sich die importierten Zulieferungen von 2000 bis 2014 mehr als verdoppelt haben – während die inländischen um 45 Prozent zulegen. Deshalb lohnt sich ein genauere Blick darauf, aus welchen Ländern diese Zulieferungen kommen:

Die ausländischen Zulieferer.

Bei den importierten Vorleistungen der deutschen Pharmaindustrie zeigt sich eine klare Dominanz der europäischen Zulieferer (Grafik Seite 8):

Gut drei Viertel aller pharmazeutischen Zulieferungen aus dem Ausland stammten 2014 aus der Schweiz und den 28 EU-Ländern.

Die Schweiz war mit einem Anteil von fast 42 Prozent mit Abstand der größte Einzellieferant, gefolgt von den USA mit gut 9 Prozent. Erst auf Platz drei lag China, das als Grundstofflieferant derzeit unter besonderer Beobachtung steht. Das Reich der Mitte lieferte rund 7 Prozent aller von deutschen Pharmaunternehmen importierten Vorleistungen. Das war zwar doppelt so viel wie im Jahr

2000, dennoch zeigen diese Zahlen, dass zumindest für 2014 nicht von einer generellen Abhängigkeit von chinesischen Zulieferungen gesprochen werden kann.

Bei all diesen Zahlen besteht das Problem, dass die zugrunde liegenden Daten der World Input-Output Database im Jahr 2014 enden und zudem keinen tieferen Blick auf die Produktebene zulassen. Verfügbar sind jedoch die Daten der deutschen Außenhandelsstatistik – und damit kann die empirische Lücke bei den Ein- und Ausfuhren pharmazeutischer Erzeugnisse zumindest teilweise geschlossen werden. Zudem gibt diese Statistik Auskunft über den Handel mit pharmazeutischen Grundstoffen; diese gehen in die Produktion von Fertigarzneien und Impfstoffen ein und stellen damit in der Regel eine Vorleistung dar:

Im Jahr 2019 entfielen 16 Prozent des Werts aller eingeführten Pharmaerzeugnisse und 51 Prozent der gesamten Einfuhrmenge auf Grundstoffe.

Daran hat sich seit 2014 kaum etwas geändert. Damals lag der Anteil der Grundstoffe am Einfuhrwert bei 15 Prozent und ihr Anteil an der Einfuhrmenge bei 53 Prozent.

Auffallend ist jedoch eine sehr unterschiedliche Entwicklung von Einfuhrwert, der von 2014 bis 2019 insgesamt um gut 53 Prozent zulegte, und Einfuhrmenge, die nur um rund 4 Prozent stieg.

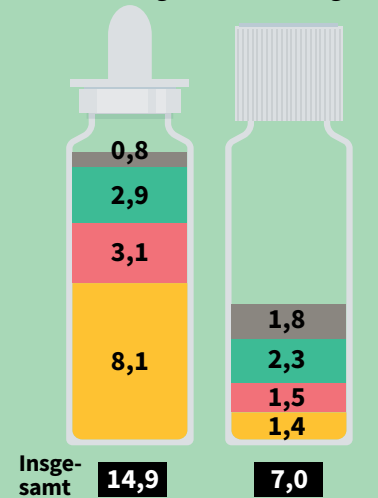
Diese Diskrepanz schlägt sich auch in den chinesischen Zulieferungen nieder: Sie hatten 2019 einen Anteil von rund 29 Prozent am Volumen der deutschen Pharmaimporte, der Wertanteil lag aber nur bei knapp 10 Prozent. Die anderen asiatischen Zulieferer kamen auf 10 Prozent der Einfuhrmenge und 7 Prozent des Einfuhrwerts. Daraus lässt sich folgern, dass aus dem asiatischen Raum vor allem günstige

Deutsche Pharmaindustrie: Vorleistungen überwiegend aus dem Inland

Vorleistungen nach Lieferbranchen im Jahr 2014 in Milliarden Euro

■ Chemie ■ Pharma
■ Industrie ■ Dienstleistungen

Inländische Vorleistungen Importierte Vorleistungen



Industrie: ohne Pharma und Chemie, einschließlich Primärsektor, Energie und Bau

Quellen: World Input-Output Database, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

iwd

Wirkstoffe – sogenannte Generika – eingeführt werden. Und in diesem Segment können durchaus Liefer-schwierigkeiten entstehen, wenn es nur wenige Anbieter gibt.

Bislang ist davon jedoch – trotz Corona – in Deutschland nichts zu sehen: Anfang November wurden dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte 247 Fälle von absehbaren oder vorliegenden Lieferengpässen gemeldet. Zum Vergleich: Insgesamt sind in Deutschland derzeit rund 103.000 Arzneimittel zugelassen.

Aus IW-Trends 4/2020

Michael Grömling, Jasmina Kirchoff:
Produktions- und Zulieferstrukturen der deutschen Pharmaindustrie
iwkoeln.de/pharma

Interview. Der rasante Anstieg der Corona-Infektionszahlen hat Deutschland im November in einen zweiten, abgeschwächten Lockdown geführt. Wie es zu dieser Situation kommen konnte und was die Politik jetzt tun sollte, darüber sprach der iwd mit der Medizinerin **Christiane Woopen** und IW-Direktor **Michael Hüther**. Beide Gesprächspartner sind Mitglied des Corona-Expertenrats der nordrhein-westfälischen Landesregierung.



Fotos: Reiner Zensen, IW Medien

„Am Ende kommt es auf uns alle an“

Seit Anfang November ist der „Wellenbrecher-Lockdown“ in Kraft, der nach IW-Berechnungen 20 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung kosten könnte. Ist es das wert?

Woopen: Ich finde die Idee des Wellenbrecher-Lockdowns gut, weiß aber nicht, ob sie angemessen umgesetzt wurde. Eine Reduktion der Kontakte scheint ja ein Gebot der Stunde zu sein, ob man sich dafür aber die richtigen Sektoren ausgesucht hat, bezweifle ich. Denn ich gehe nicht davon aus, dass in Museen oder in Theatern eine nennenswerte Anzahl von Infektionen stattgefunden hat. Ich empfinde es als großes Problem, dass angesichts von 75 Prozent nicht zuordenbarer Infektionen nicht viel kraftvoller versucht wird herauszufinden, wo die Infektionen tatsächlich stattfinden. Denn dann könnte man die Maßnahmen gezielter und verhältnismäßiger zuschneiden.

Und ich halte es für ausgesprochen wichtig, zusätzlich zu der Notwendigkeit von Einschränkungen viel mehr an Ermöglichkeiten zu arbeiten. Es wird fast immer nur über Impfungen gesprochen, dabei sind etwa Teststrategien ein wesentliches Element einer Pandemiebekämpfung.

Hüther: Ich bin sicherlich kein Fan des Wellenbrecher-Lockdowns, aber dass Ende Oktober etwas getan werden musste, war offensichtlich. Allerdings hat die Politik bereits im Sommer viel versäumt: Die Digitalisierung ist weder in den Gesundheitsämtern noch in den Schulen wirklich vorangetrieben worden, viele Schulen

haben bis heute kein WLAN. Und warum hat man für die Schulen keine Lüftungsanlagen gekauft? Die hätte man doch beginnend mit den Sommerferien in den Klassenräumen anbringen können.

Wäre ein kompletter Lockdown für die Wirtschaft besser zu verkraften als das Durchhangeln, das die Bundesregierung zurzeit betreibt?

Hüther: Nein, denn in einer vernetzten Ökonomie liegen bei einem harten Lockdown auch alle Lieferbeziehungen in Wartestellung, und diese samt der komplexen Wertschöpfungsketten wieder hochzufahren, ist eine große Kraftanstrengung. Da ist es besser, die Lieferbeziehungen für einen längeren Zeitraum begrenzt runterzufahren, als sie für kurze Zeit ganz abzuwürgen. Dass Deutschland sich vergleichsweise gut aus seinem Lockdown im Frühjahr herausgearbeitet hat, lag übrigens auch daran, dass China einen zweimonatigen Vorlauf hatte: Die Wirtschaft dort lief also schon längst wieder, als wir hier öffneten. Das hat unseren Export begünstigt.

Anders als im Frühjahr bleiben Schulen und Kitas jetzt offen, obwohl dort immer mehr Infektionen auftreten. Lässt sich dies noch lange rechtfertigen?

Woopen: Leider fehlen für die Steuerung bundesweit verlässliche Zahlen. In Nordrhein-Westfalen gibt es immerhin aktuelle Zahlen darüber, wie viele Schülerinnen und Schüler Präsenzunterricht haben – am 9. November traf dies für rund 95 Prozent zu.

Hüther: Die eigentliche Frage lautet doch: Wie managt man so ein Risiko längere Zeit im Alltag? Wir

müssen lernen, dass nicht nur der Staat das Leben in der Pandemie für uns organisiert, sondern es am Ende auf unser aller Verhalten ankommt. Das hat – bewusst und unbewusst – die Infektionsketten ausgelöst nach der Sommerpause: Feiern, Großhochzeiten, gemeinsames Singen. Und selbst bei aller Achtsamkeit kann es ja zu Infektionen kommen. Wir können das Risiko, das wir für andere darstellen, nun mal nicht auf null setzen.

Woopen: Ich bin noch nicht bereit, den rasanten Anstieg der Infektionen auf das unverantwortliche Verhalten Einzelner zurückzuführen, wie es oft heißt. Auch ich kann mir nicht vorstellen, dass die Zahl der Ansteckungen allein auf schuldhaftes Fehlverhalten zurückgeht. Da müssen noch andere Faktoren hinzukommen. Deshalb wünsche ich mir technische Lösungen, um den Ort der Infektion identifizieren zu können. Wir brauchen eine Übersicht über die epidemiologische Entwicklung: Wo findet eigentlich was statt? Und das ist technisch möglich, auch unter weitgehender Wahrung der Privatheit. Wenn man weiß, wo die Infektionen stattfinden, kann man Maßnahmen passgenauer zuschneiden.

Frau Woopen, wird es uns denn gelingen, die Überlastung des Gesundheitssystems diesen Winter zu verhindern?

Woopen: Es wird viel dafür getan. Der eigentliche Flaschenhals ist jedoch das Pflegepersonal. Wichtig wäre es meines Erachtens, ein Gesetz für Triage-Entscheidungen auf den Weg zu bringen – also darüber, wie mit knappen, lebensnotwendigen Ressourcen umgegangen wird. Darin sollten sozialrechtlich Ausgleichsmechanismen für die Krankenhäuser bei epidemischen Notlagen zugesichert werden, damit sie intensivmedizinische Kapazitäten zur Vermeidung von Triage-Entscheidungen bereithalten können. Zweitens muss der Gesetzgeber die zulässigen und unzulässigen Kriterien für die Zuteilung von Überlebenschancen definieren und dabei unterschiedliche Situationen unterscheiden: Es macht aus meiner Sicht ethisch einen Unterschied, ob zwei Patienten gleichzeitig eingeliefert werden und lediglich ein Beatmungsgerät zur Verfügung steht oder ob keines mehr für einen neuen Patienten vorhanden ist und darüber entschieden werden muss, ob man einem bereits beatmeten Patienten ein Gerät wegnimmt. Drittens würde man mit einem solchen Gesetz einem Team von Ärzten und Pflegeern, das solche dramatischen Entscheidungen treffen muss, Rückendeckung geben.

Diese Entscheidungen müssen Mediziner und Sanitäter heute doch auch schon treffen, beispielsweise bei einem Massenunfall.

Woopen: Für solche Notfälle wie bei Naturkatastrophen oder Kriegen gibt es klare Regeln mit einem Stufenprinzip. Da geht es nach der Überlebenschance sowie der Schwere und Dringlichkeit der Versorgung.

Warum wendet man diese Regeln nicht auch in Krankenhäusern an, wenn diese aufgrund der Pandemie überfüllt sind?

Woopen: Weil es hier nicht um 100 oder 1.000 Menschen gleichzeitig geht, sondern um eine feingliedrigere Abwägung, oft zwischen nur zwei oder drei Menschen, über die man zusätzliche Informationen hat. Das Risiko, dass dadurch ungerechtfertigt benachteiligende Kriterien herangezogen werden, kann in so einer Situation höher sein.

Herr Hüther, Sie plädieren im Umgang mit der Pandemie dafür, in erster Linie vulnerable Personengruppen zu schützen. Viele finden so eine Strategie unsolidarisch.

Hüther: Damit ist ja nicht gemeint, dass man diese Personengruppen isoliert, sondern dass beispielsweise Besucher oder Personal in Altenheimen routinemäßig mit Schnelltests auf eine Infektion hin überprüft werden. Dafür kluge Lösungen zu entwickeln, ist ein wichtiger Teil der Strategie.

Woopen: Es geht ja auch nicht nur um die Älteren, in der Bevölkerung zählen insgesamt zwischen 30 und 40 Prozent zu den vulnerablen Gruppen, insbesondere Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen. Neben Schnelltests sollten diesen Personen auch kostenlos FFP2-Masken zur Verfügung gestellt werden. Das wäre ein weiterer Fortschritt zur Risikoreduktion. Diese präventiven Maßnahmen liegen mir viel mehr am Herzen als Einschränkungen.

Warum setzt die Politik diese präventiven Maßnahmen so zögerlich um?

Woopen: Dafür gibt es wohl keine einfache Erklärung, das ist komplex. An der ein oder anderen Stelle wird es an einzelnen Personen hängen, generell ist mein Eindruck allerdings, dass die Politik eher noch im Modus der situationsbezogenen Reaktion gefangen ist. Auch jetzt wird nicht über das nächste halbe Jahr gesprochen, dabei ist doch wohl allen klar, dass im Dezember nicht alle Einschränkungen wegfallen werden.

Hüther: Die Logik von Politik steht einem solchen Krisenmanagement über einen längeren Zeitraum im Wege.



Neuer Schwung

Klimaschutz. Die Europäische Union arbeitet mit ihrem Green Deal daran, die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Nun ziehen auch weitere große Industrieländer wie China und Japan nach und verkünden konkrete Zielmarken für CO₂-Neutralität. Vor allem für zögerliche Staaten könnte das eine große Signalwirkung haben.

Nationale Alleingänge im Klimaschutz sind wirkungslos – diese Erkenntnis ist mittlerweile bei einem Großteil der Weltgemeinschaft angekommen. Und spätestens seit dem Pariser Klimaabkommen 2015 ist klar, dass sich grundsätzlich alle Staaten am Klimaschutz beteiligen müssen, um die Erderwärmung zu verlangsamen.

Einige Staaten haben gehandelt und sich konkrete Ziele für eine vollständige CO₂- beziehungsweise Klimaneutralität gesetzt. Unter den ersten Ländern war das Vereinigte Königreich: Die Briten haben sich gesetzlich verpflichtet, bis 2050 nicht mehr Treibhausgase auszustoßen, als etwa Wälder und Meere aufnehmen können. Auch die EU hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt:

Bis 2050 sollen alle EU-Mitgliedsstaaten zusammen klimaneutral wirtschaften.

Frankreich hat dieses Ziel schon gesetzlich verankert, in weiteren Staaten – wie Deutschland – ist dies geplant. Wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen in Europa ist, zeigt ein Blick auf die Daten: Die EU-Staaten sind zusammen mit Großbritannien für knapp ein Zehntel der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich.

Doch längst nicht alle Staaten fühlen sich an das in Paris beschlossene Ziel, die globale Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken, gebunden. Als US-Präsident Donald Trump 2017 den Austritt der Vereinigten Staaten aus dem Klimaabkommen von Paris einleitete, war die Ernüchterung in der internationalen Gemeinschaft groß. Denn die USA sind nicht nur der zweitgrößte CO₂-Verursacher der Welt, sie gelten als Schwergewicht der Weltpolitik auch in vielen Dingen immer noch als Vorreiter.

An dieser Stelle kommt ein grundsätzliches Problem des Pariser Klimaabkommens ins Spiel:

Wie ambitioniert ein Land Klimaschutz betreibt, ist den Ländern selbst überlassen.

Der Erfolg der Pariser Klimaziele hängt also größtenteils davon ab, dass selbst ernannte Vorreiter anderen Staaten zeigen, dass Einsparungen beim CO₂-Ausstoß mitsamt Wohlstandswachstum möglich und langfristig erstrebenswert sind. So sollen sich die Unterzeichner-

Klimaschutz im Programm

Das Ziel der Treibhausgasneutralität ...

- ... steht zur Diskussion
- ... ist nicht geplant
- ... ist in diesen Ländern gesetzlich festgeschrieben oder eingeplant und soll bis 2050 erreicht werden:

Europäische Union	Neusseland
Vereinigtes Königreich	Costa Rica
China	Chile
Japan	Island
Südkorea	Fiji
Norwegen	Marshall Islands
Schweiz	Bhutan
Südafrika	Suriname

China: plant Umsetzung bis 2060
USA und Australien: Klimaschutzziele nur in einzelnen Bundesstaaten

Quellen: Energy and Climate Intelligence Unit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

staaten nach und nach gegenseitig zur Anhebung ihrer freiwilligen Beiträge bewegen.

Eine verheißungsvolle Nachricht kommt daher aus China – dem Land, das aufgrund seines rasanten Wirtschaftswachstums in den vergangenen Jahren inzwischen für ein Viertel der jährlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist.

So verkündete die Volksrepublik im September, bis 2060 CO₂-Neutralität anzustreben.

Und Chinas Wort hat Gewicht: Auch Japan, fünftgrößter CO₂-Verursacher, und Südkorea, achtgrößter Emittent, sind dem Beispiel ihres großen Nachbarn gefolgt. Japans neuer Präsident Yoshihide Suga verkündete Mitte Oktober, dass sein Land bis 2050 CO₂-neutral sein will. Nur wenige Tage später zog Südkorea nach – ebenfalls mit dem Ziel, den Nettoausstoß an Kohlendioxid bis 2050 auf null zu bringen.

Mit den Plänen des Vereinigten Königreichs, der EU-Staaten sowie von China, Japan und Südkorea unterliegt nun knapp die Hälfte der globalen CO₂-Emissionen konkreten Nettonull-Zielmarken.

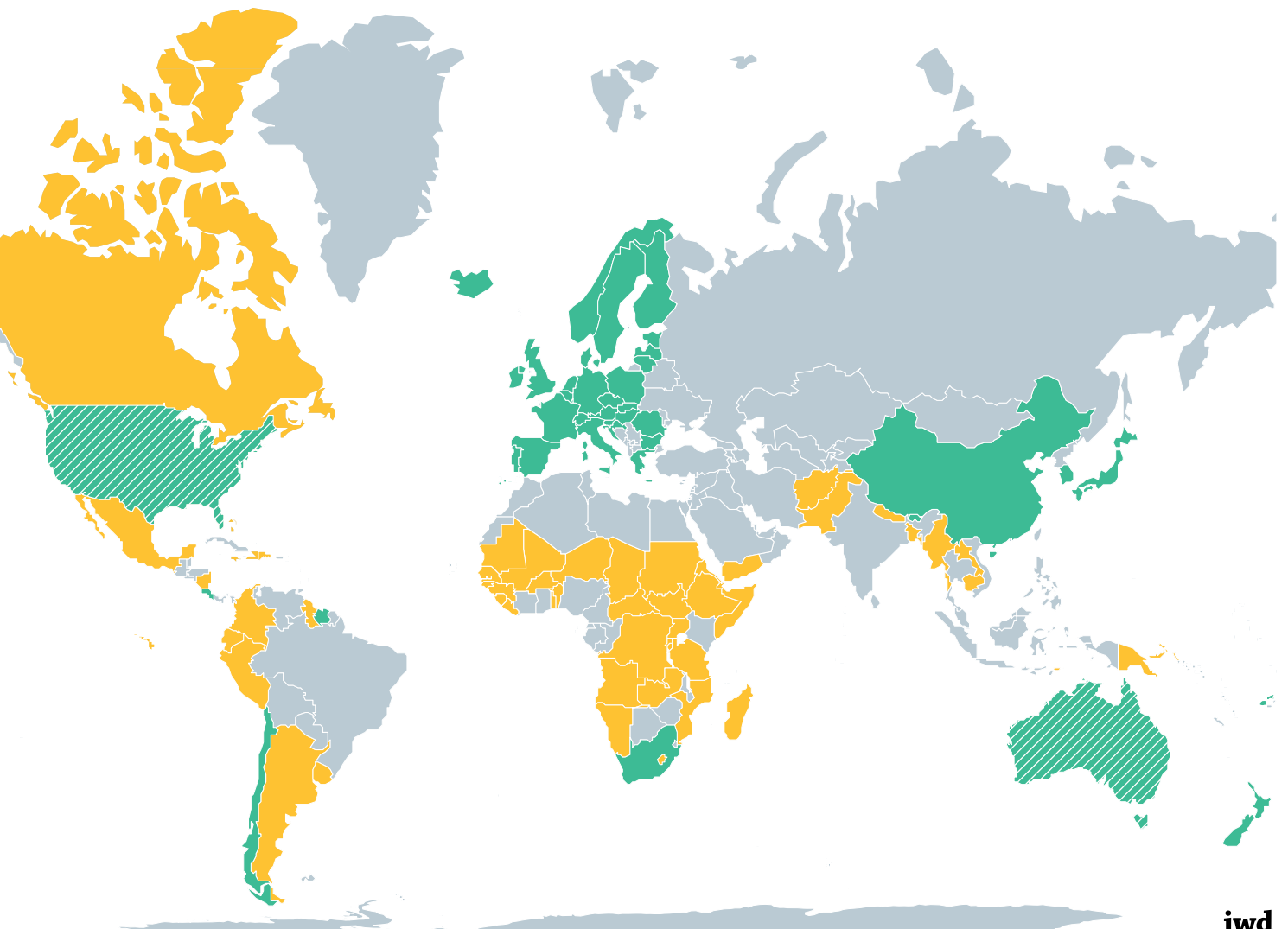
Diese Entwicklung ist ein wichtiger Schritt für das Vorankommen des internationalen Klimaschutzes, da sie diplomatischen Druck erzeugt (Grafik):

In vielen Ländern, wo es noch keine Verpflichtungen für null Emissionen gibt, wird dies gegenwärtig zumindest diskutiert.

Insgesamt werden damit international deutliche Pfade in Richtung emissionsarmes Wirtschaften gesetzt.

Allerdings ist offen, inwieweit die Ziele tatsächlich erreicht werden. Und auch wenn es ein gutes Zeichen ist, dass viele kleinere Länder über ihre Klimapolitik nachdenken, kommt es vor allem auf die großen Industrienationen an: Die G-20-Staaten sind für fast 80 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich.

Ein wichtiger Baustein für die internationalen Bemühungen beim Klimaschutz wird die künftige Haltung der USA sein. Sollten sie wieder dem Klimaabkommen beitreten, würden die drei global wichtigsten Wirtschaftsräume – EU, USA und China – endlich an einem Strang ziehen. Dies könnte eine um ein Vielfaches effizientere Klimapolitik bedeuten.



Im Netz eher langsam unterwegs

Breitbandausbau. Gerade in Zeiten, in denen viele Menschen im Homeoffice arbeiten, ist eine schnelle Internetverbindung unerlässlich. Deutschland hat in dieser Hinsicht aber großen Nachholbedarf – insbesondere beim Ausbau des Glasfasernetzes.

Durch die Corona-Pandemie spielt sich der Alltag der Bundesbürger aktuell hauptsächlich in den eigenen vier Wänden ab. Immer mehr Menschen arbeiten im Homeoffice, aufgrund der Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen erfahren Freizeitgestaltungen wie die Nutzung von Streaming-Angeboten oder das Online-Gaming ebenfalls einen großen Zulauf.

Das wirkt sich auch auf den Datenverkehr im Internet aus. Dieser nimmt immer stärker zu, sodass die heimischen Leitungen einer höheren Belastung ausgesetzt sind. In den bundesdeutschen Haushalten werden somit immer leistungsfähigere Internetleitungen benötigt. Der internationale Vergleich zeigt allerdings, dass Deutschland diesbezüglich hinterherhinkt (Grafik):

Mit einer durchschnittlichen Downloadgeschwindigkeit von rund 115 Megabit pro Sekunde befindet sich Deutschland international nur auf Platz 29.

Mit Frankreich, den USA, Kanada und Japan schneiden vier der sechs weiteren G-7-Staaten besser ab als Deutschland. Das schnellste Internet haben die Bewohner Singapurs, wo die Daten fast doppelt so schnell übertragen werden wie hierzulande.

Dass die Bundesrepublik diesbezüglich nachrüsten muss, hat die Re-

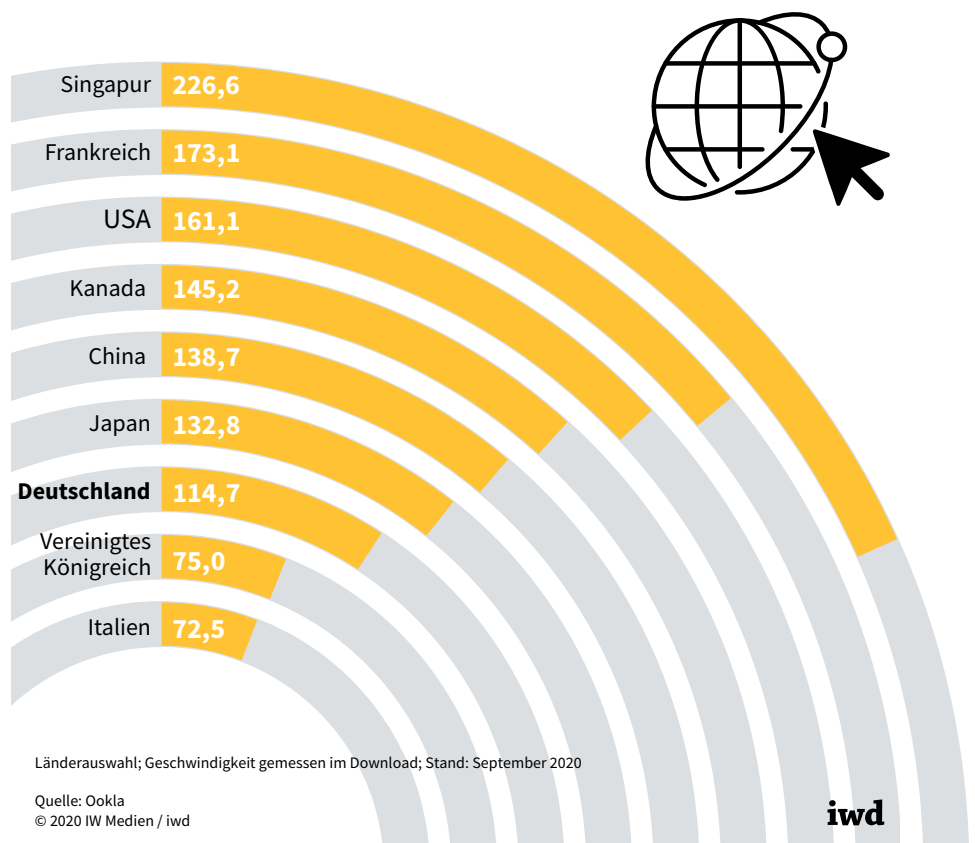
gierung erkannt und im Koalitionsvertrag von 2017 einen „flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen bis 2025“ verankert. Ein solches Netz garantiert eine Geschwindigkeit von mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde (MBit/s). Flächendeckend heißt in diesem Fall die Versorgung

aller Privathaushalte und Firmen mit entsprechenden Anschlüssen, aber auch die Anbindung von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern.

Bislang sind laut Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur nur rund drei von zehn

Internetgeschwindigkeit: Deutschland hinkt hinterher

Durchschnittliche Breitbandgeschwindigkeit in Megabit pro Sekunde



Schulen mit mindestens 1.000 MBit/s im Netz unterwegs, bei den Krankenhäusern sieht es nicht viel besser aus. Betrachtet man die Haushalte, fallen vor allem die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern ins Auge (Grafik):

Während 2019 in Bremen und Hamburg gut 95 Prozent der Haushalte mit Gigabit-Leitungen versorgt waren, konnte in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg nicht einmal jeder zehnte Haushalt auf ein derart schnelles Netz zurückgreifen.

Die großen Differenzen sind zum Teil auf die unterschiedliche Städtedichte der Bundesländer zurückzuführen. So war Ende 2019 bundesweit in sechs von zehn städtischen Haushalten eine Bandbreite von einem Gigabit und mehr verfügbar – in ländlichen Gebieten betrug der Anteil nur knapp 12 Prozent.

Das erklärte Ziel der Großen Koalition, alle Bundesbürger bis 2025 mit Gigabit-Netzen zu versorgen, lässt sich am besten mittels Glasfaserleitungen erreichen. Doch auch hier ist es um Deutschland schlecht bestellt: Über alle Provider hinweg erreichte das Glasfasernetz im Jahr 2019 nur jeden zehnten deutschen Haushalt direkt.

Im europäischen Vergleich liegt die Bundesrepublik damit auf einem der letzten Plätze, EU-weit kann im Schnitt fast die Hälfte aller Haushalte direkt auf das Glasfasernetz zugreifen. Während die Infrastruktur in Großbritannien mit einer Reichweite von 15 Prozent ähnlich schlecht ausgebaut ist wie in Deutschland, erreicht die Technik beispielsweise in

Frankreich schon 57 Prozent der Haushalte – in Spanien sind es sogar rund 86 Prozent.

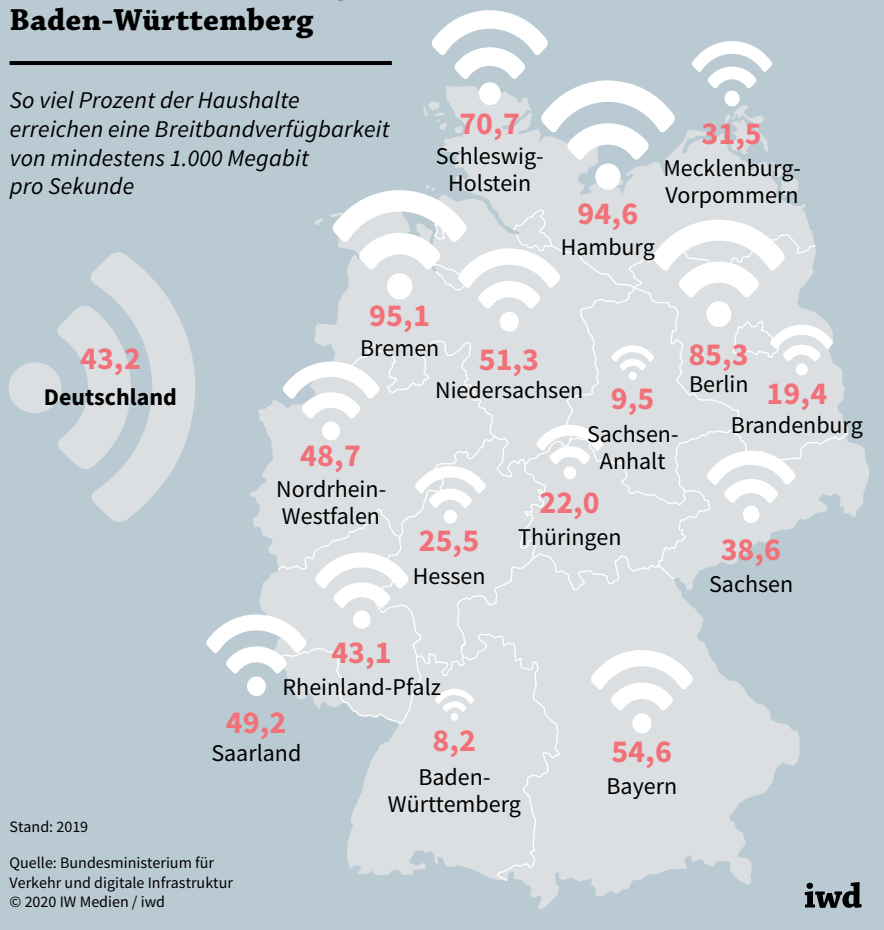
Während die verschiedenen Anbieter in Deutschland zwar bis zu den Verteilerzentren und Telefonkabelkästen schon umfangreich auf entsprechende Faserkabel setzen, hakt es beim Glasfaserausbau an der sogenannten letzten Meile. Damit ist die Strecke von der Vermittlungsstelle bis zum direkten Anschluss im Haus der Kunden gemeint.

Dass es mit den Glasfaserkabeln nur schleppend vorangeht, liegt vor

allem an den hohen Kosten der Ausbauarbeiten – nicht etwa für die Technik oder die Kabel, sondern vielmehr für den Tiefbau, der für die Verlegung neuer Anschlüsse zu jedem Kunden nötig ist und rund 80 Prozent der Gesamtkosten ausmacht. Erschwerend kommt hinzu, dass für die direkte Anbindung der Wohnungen und Häuser an das Glasfasernetz die Einwilligung der Eigentümer benötigt wird – ein bürokratischer Aufwand, den die Telekommunikationsanbieter oft noch scheuen.

Schnelles Bremen, langsames Baden-Württemberg

So viel Prozent der Haushalte erreichen eine Breitbandverfügbarkeit von mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde



Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH
 E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de
 Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche

75,6

Milliarden Euro

haben die Unternehmen in Deutschland im Jahr 2019 für ihre eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeit ausgegeben. Das waren 4,8 Prozent mehr als 2018 und ein neuer Rekord. Die Ausgaben für externe Forschungsaufträge stiegen um 4,4 Prozent auf 21,6 Milliarden Euro. Da auch die Hochschulen und der Staat ihr Engagement in Sachen Forschung und Entwicklung (FuE) verstärkten, erhöhte sich der Anteil der gesamtwirtschaftlichen FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf 3,2 Prozent. Bis zum Jahr 2025 soll er laut Bundesregierung auf 3,5 Prozent steigen. Die verstärkten FuE-Anstrengungen der Firmen schlugen sich auch in der Mitarbeiterzahl nieder. Rechnerisch haben 2019 gut 470.000 Vollzeitkräfte im FuE-Bereich gearbeitet – fast 20.000 mehr als im Jahr zuvor.

Top-Liste: Gespart statt geshopppt

Die harten Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie haben die privaten Haushalte in der EU im Frühjahr schwer getroffen: Infolge von Geschäftsschließungen, Entlassungen und Kurzarbeit – und trotz staatlicher Unterstützungsprogramme – sanken die verfügbaren Einkommen im Schnitt aller EU-Länder im zweiten Quartal 2020 um fast 6 Prozent. In Schweden betrug das Einkommensminus sogar knapp 9, in Spanien fast 8 Prozent. Doch selbst jene Bürger, die keine finanziellen Einbußen erlitten, hatten oft keine Gelegenheit oder auch keine Lust zu shoppen: Im EU-Durchschnitt schrumpften die Konsumausgaben von April bis Juni gegenüber dem Vorquartal um 15 Prozent. In Irland und Spanien betrug das Minus sogar mehr als 20 Prozent, in Deutschland gaben die privaten Haushalte knapp 11 Prozent weniger aus. Stattdessen wurde in fast allen EU-Ländern deutlich mehr Geld auf die hohe Kante gelegt, im Schnitt stieg die Sparquote um gut 8 Prozentpunkte. Nur die Schweden hielten nichts davon, ihre Kronen zu horten – dort sank die Sparquote sogar um mehr als 3 Prozentpunkte.

Konsumausgaben: Corona verdirbt EU-Bürgern die Kauflaune

In diesen EU-Ländern sind die saisonbereinigten Konsumausgaben privater Haushalte im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem Vorquartal am stärksten gesunken, in Prozent

-21,7

Irland

-20,3

Spanien

-13,3

Österreich

-13,0

Portugal

-12,1

Frankreich

-11,5

Italien

...

-10,8

Deutschland

-15,1

EU insgesamt

Länderauswahl: nach Datenverfügbarkeit; für Mitgliedsstaaten, deren nominales Bruttoinlandsprodukt weniger als 1 Prozent des EU-Gesamtwerts beträgt, liegen generell keine Haushaltsdaten vor

Quelle: Eurostat

© 2020 IW Medien / iwd

Neu

Neu auf iwd.de:



Reichweite ist alles

Welche Einstellung haben die Unternehmer von morgen zur digitalen Arbeitswelt? Um diese Frage zu beantworten, hat die IW Junior eine Umfrage unter jenen Schülern durchgeführt, die im vergangenen Schuljahr eine eigene Schülerfirma gegründet haben. Das überraschende Ergebnis lesen Sie auf iwd.de.